NORDAMERIKA 18.09.2025 | Michael Baharaeen

Trumps Härte verfängt

Die US-Demokraten verlieren Vertrauen, wenn sie die Sorgen um Sicherheit und Kriminalität als überzogen abtun.

In den vergangenen Monaten hat Präsident Trump die Nationalgarde nach Los Angeles und Washington, D.C. entsandt, um gegen Kriminalität und Unruhen in den Städten vorzugehen. Er drohte anschließend, diese auch in weiteren einzusetzen. Anfang dieses Monats nahm er sich ein neues Ziel vor: Chicago. „Ich werde das Kriminalitätsproblem schnell lösen, so wie in D.C. Chicago wird bald wieder sicher sein“, schrieb er. Zugleich griff er den demokratischen Gouverneur von Illinois, J.B. Pritzker, an: Pritzker „braucht dringend Hilfe, er weiß es nur noch nicht“.

Pritzker reagierte mit einem bekannten Argument: Die Statistiken zeigten, dass die Kriminalität in diesen Städten nicht so schlimm sei, wie Trump behaupte. Dessen Drohung, die Nationalgarde auch in Illinois einzusetzen, sei ein „gefährlicher Machtmissbrauch“. Ähnliche Töne kamen von anderen führenden Parteivertretern. Senatsmehrheitsführer Chuck Schumer nannte Trumps Einsatz der Nationalgarde „gefährlich autoritär“. Der demokratische Minderheitsführer im Repräsentantenhaus, Hakeem Jeffries, und die frühere Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton verwiesen beide darauf, dass die Gewaltkriminalität in Washington, D.C. den niedrigsten Stand seit 30 Jahren erreicht habe.

Viele Demokraten sind wegen Trumps Vorgehen nachvollziehbar beunruhigt – insbesondere darüber, dass der Einsatz des US-Militärs im Inland zur Normalität werden könnte. Tatsächlich sind die Gewaltverbrechen in Washington, D.C. und vielen anderen Großstädten seit ihrem Anstieg während der Corona-Pandemie zurückgegangen. Doch auf diese Weise auf Trumps demonstrative Härte zu reagieren, birgt ein Risiko: Die Öffentlichkeit könnte den Eindruck gewinnen, die Partei nehme ihre Sorgen um die öffentliche Sicherheit nicht ernst.

Die Öffentlichkeit könnte

Aktuelle Umfragen zeigen, dass sich die Amerikaner weiterhin große Sorgen um

den Eindruck gewinnen, die Partei nehme ihre Sorgen um die öffentliche Sicherheit nicht ernst.

Kriminalität machen. Laut einer Gallup-Umfrage von 2024 sagten 64 Prozent, es gebe im Land mehr Kriminalität als noch ein Jahr zuvor. Erst vergangenen Monat ergab eine AP-NORC-Erhebung, dass 81 Prozent der Amerikaner Kriminalität in Großstädten für ein gravierendes Problem halten, 66 Prozent sehen das genauso für das Land insgesamt. Bemerkenswert ist zudem: Obwohl viele Wählerinnen und Wähler einzelne Maßnahmen Trumps ablehnen, unterstützen dennoch 53 Prozent sein Vorgehen bezüglich der Kriminalitätsbekämpfung.

Selbst in der Hauptstadt machen sich viele Bewohner weiterhin Sorgen um ihre Sicherheit. Im Mai zeigte eine Umfrage der *Washington Post*, dass die Hälfte der Einwohner das Kriminalitätsproblem der Stadt als „äußerst" oder „sehr" ernst einschätzten, während weitere 41 Prozent es als „mäßig ernst" bewerteten. Als jemand, der bis dieses Jahr länger als ein Jahrzehnt in Washington, D.C. gelebt hat, kann ich diese Stimmung gut nachvollziehen. Gerade seit der Pandemie hatte man oft das Gefühl, es gebe täglich Straßenraub, Autodiebstähle oder Querschläger, die Fensterscheiben von Häusern oder Geschäften durchschlügen. Selbst in vergleichsweise sicheren Vierteln mussten Anwohner wachsam sein, wenn sie spätabends die U-Bahn nutzten oder belebte Gegenden aufsuchten.

Ähnliche Geschichten gibt es auch aus Städten wie Chicago. Und jüngst hat der brutale Mord an einer ukrainischen Einwanderin in einer Straßenbahn in Charlotte die Ängste vieler Menschen noch verstärkt. Damit wird ein zweites Problem bezüglich der Äußerungen der demokratischen Führung deutlich: In einer Zeit, in der sich viele Amerikaner um ihre Sicherheit im öffentlichen Raum sorgen, vermitteln solche Reaktionen der Partei oft die Botschaft: „Eure Ängste sind nicht berechtigt."

Genau dieser Eindruck ist den Demokraten in der jüngeren Vergangenheit bereits auf die Füße gefallen. Während der Amtszeit von Präsident Biden machten die Amerikaner immer wieder deutlich, dass sie die Inflation und die Krise der Lebenshaltungskosten als die drängendsten Probleme des Landes betrachteten. Doch statt die Sorgen der Menschen konsequent aufzugreifen, verwies Biden auf seine wirtschaftspolitischen Erfolge und präsentierte Indikatoren wie den Aktienmarkt, das Lohnwachstum und Beschäftigungszahlen – während er die Inflation mitunter schlicht ignorierte. Ein ähnliches Muster zeigte

sich 2021 in Virginia: Dort schienen die Demokraten die Sorgen vieler Eltern über die öffentlichen Schulen des Bundesstaates abzutun, was die Wähler dazu brachte, der Partei bei der Gouverneurswahl die Gefolgschaft zu verweigern.

Viele empfinden es als Affront, wenn ihre berechtigten Sorgen ignoriert, abgetan oder gar lächerlich gemacht werden.

In beiden Fällen führte die mangelnde Ernsthaftigkeit, mit der die Demokraten die Sorgen der Wähler aufgriffen, zu politischen Niederlagen. Nun scheinen sie im Begriff, dieselben Fehler erneut zu begehen. Natürlich ist nichts dagegen einzuwenden, vor exekutiver Machtüberschreitung zu warnen oder auf eine gemeinsame Faktenbasis zu pochen – darin sind sich die meisten einig. Doch die Amerikaner haben deutlich gemacht: „Relativ weniger Kriminalität" ist kein „akzeptables Maß an Kriminalität". Und viele empfinden es als Affront, wenn ihre berechtigten Sorgen – ob in dieser oder in anderen Fragen – ignoriert, abgetan oder gar lächerlich gemacht werden.

Doch je mehr sich die Demokraten zur Partei einer technokratischen, akademisch geprägten Elite entwickeln, desto häufiger neigen sie dazu, in der Politik auf analytische, verkopfte Antworten zurückzugreifen – oder Rhetorik, die die Sorgen der Menschen aufgreift, als „rechtsextrem" und autoritär abzutun. Die jüngere Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass dies selten den gewünschten Effekt hat, Menschen auf ihre Seite zu ziehen. Stattdessen bringt es ihnen vor allem den Beifall von ähnlich gebildeten Gleichgesinnten ein, die dieselbe Sprache sprechen – und sich kaum vorstellen können, dass jemand Trumps Vorgehen unterstützen könnte, außer aus Mangel an der Weisheit jener, die hohe Ämter bekleiden.

So gerät die Partei ins Hintertreffen, wenn eine Mehrheit der Wähler erklärt, Trumps Vorgehen gegen Kriminalität zu billigen – und den Republikanern in dieser Frage deutlich mehr vertraut als den Demokraten.

Die demokratische Führung muss zurück in die Realität finden – nicht nur in der Kriminalitätsbekämpfung, sondern auch bei anderen, sozialen und kulturellen Fragen. Sie sollte die Wähler dort abholen, wo sie stehen, und ihre Sorgen mit dem nötigen Respekt behandeln. Das ist der entscheidende erste Schritt, um das Vertrauen vieler Amerikaner zurückzugewinnen, deren Unterstützung die Partei in der Trump-Ära verloren hat.

Die Originalversion dieses Beitrags ist beim US-Analyseportal The Liberal Patriot *erschienen.*



Michael Baharaeen
Washington

Michael Baharaeen ist Chefredakteur des politischen Newsletters *The Long View* auf Substack.